

VERWALTUNGSSTRUKTUREN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

# Heterogen und komplex

Aus unserer Serie „Blick über den Gartenzaun“

**M**it unserer Rubrik „Blick über den Gartenzaun“ haben wir uns in vielen Teilen Europas bereits umfassend umgeschaut. Nach nunmehr drei Jahren ist es an der Zeit, den Kontinent zu verlassen und sich erstmals nach Übersee zu begeben. Die Vereinigten Staaten sind das erste außereuropäische Land, das in diesem Rahmen Beachtung findet. Nicht nur, weil sie ökonomisch, militärisch und politisch noch immer die Führungsmacht in der Welt darstellen, sondern auch, weil US-amerikanische Verwaltungskonzepte die heutige Bundesrepublik deutlich prägen. Schließlich fußt der deutsche Föderalismus zu gewichtigen Teilen auf dem US-amerikanischen Vorbild. Lesen Sie im Folgenden einen Überblick zu Verwaltungsstrukturen und -traditionen in den USA.

Die neuere Geschichte Nordamerikas beginnt mit der Landung der ersten Pilgerväter an der Küste des heutigen Neuenglands. Im Gegensatz zu seinen europäischen Rivalen – insbesondere Frankreich, später auch die Niederlande – setzte England von Beginn an nicht nur auf die Ausbeutung der erschlossenen Ländereien, sondern auch auf deren dauerhafte Besiedlung. Jamestown in Virginia – gegründet im Jahre 1607 – war die erste dauerhafte englische Siedlung in Nordamerika. Ab 1620 folgte mit den sogenannten Pilgervätern eine zweite, deutlich nachhaltigere, Siedlungswelle. Auslöser waren religiöse Konflikte mit der anglikanischen Kirche, die die fast ausnahmslos puritanischen Siedler in die Fremde trieben. In der Folge suchten auch

andere christliche Minderheiten ihr Heil auf dem amerikanischen Kontinent. War die Auswanderung zunächst religiös motiviert, wirkten zunehmend ökonomische Gründe in diese Richtung. Zudem gründeten nun auch Franzosen, Niederländer oder Spanier Kolonien in Nordamerika. Die Besiedlung war also von Beginn an sowohl ethnisch als auch konfessionell recht heterogen.

Der Siebenjährige Krieg, der Mitte des 18. Jahrhunderts zwischen Frankreich und Großbritannien tobte, wirkte sich auch in den nordamerikanischen Kolonien aus. Briten und Franzosen kämpften jeweils mit ihren indianischen Verbündeten gegeneinander. Zwischen 1758 und 1760 eroberten die Briten die wichtigsten französischen Stellungen und

Frankreich akzeptierte in der Folge den Verlust fast aller seiner Besitzungen in Nordamerika. Das Vereinigte Königreich stand zwar auf der Siegerseite, doch die Staatsfinanzen waren weitgehend zerrüttet. Auch die Untertanen in der Neuen Welt sollten nun zu deren Konsolidierung beitragen, wogegen sich rasch Widerstand organisierte. Unter dem Motto „no taxation without representation“ entstand eine starke Opposition zur Regierung des Mutterlandes. Ohne eine Vertretung im Parlament von Westminster sei jede Besteuerung illegitim, argumentierten die Siedler. Die Spannungen wurden zunächst politisch ausgetragen, führten mit der Boston Tea Party allerdings recht schnell zu einem gewaltsamen Ausbruch.



Der Senat der Vereinigten Staaten – jeder Bundesstaat entsendet zwei Senatoren in die zweite Kammer des US-amerikanischen Parlaments.

Die Fronten zwischen den Siedlern und den Vertretern der Londoner Administration verhärteten sich zunehmend. Am 19. April 1775 marschierten etwa 700 britische Soldaten von Boston in Richtung Concord. Sie hatten erfahren, dass sich dort ein illegales Waffenlager befindet. Bei Lexington wurden sie von 70 Mitgliedern einer Bürgerwehr aufgehalten. Die darauffolgende Auseinandersetzung markierte den Beginn des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Frankreich nutzte die Gelegenheit, dem früheren Widersacher zu schaden, und trat an die Seite der Kolonisten. Die Kriegshandlungen endeten im Jahre 1781. Nach der Niederlage britischer Truppen in der Schlacht von Yorktown wurde im September 1783 der Frieden von Paris geschlossen, mit dem die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten auch von Großbritannien anerkannt wurde.

### Konsolidierung und Expansion

Die Geschichte der Bundesstaaten datiert zurück in die Zeit der ersten Siedlungsbewegungen aus Europa. Sie fußten in Zusammenschlüssen benachbarter Kolonien und breiteten sich nach und nach an der gesamten Ostküste des klimatisch gemäßigten Teils Nordamerikas aus. 13 dieser Kolonien unterzeichneten 1776 die amerikanische Unabhängigkeitserklärung. New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New York, New Jersey, Pennsylvania, Delaware, Maryland, Virginia, North Carolina, South Carolina und Georgia bildeten einen geschlossenen Raum von der kanadischen Grenze im Norden, der Halbinsel Florida im Süden, den Appalachen im Westen und dem Atlantik im Osten. Die von Thomas Jefferson im Jahre 1887 präsentierte Unabhängigkeitserklärung bildete einen Kompromiss zwischen unitaristischen und föderalistischen Ansätzen, der von allen diesen Staaten getragen werden konnte und durch deren Unterschrift bestätigt wurde. Knapp 150 Jahre nach den ersten Siedlungsbewegungen hatte sich somit ein unabhängiges, starkes Staatswesen konstituieren können, welches die ideelle wie materielle Grundlage für die folgende Expansion bildete. Über Aneignung durch Besiedlung, käuflichen Erwerb von europäischen Kolonialmächten oder durch Krieg sind die USA in den folgenden zwei Jahrhunderten kontinuierlich gewachsen. Dies geschah in jedem dieser Fälle zum Nachteil der indigenen Bevölkerung, die im Zuge der US-amerikanischen Staatswerdung nahezu ausgerottet wurde bzw. eingeschleppten Krankheiten zum Opfer fiel.

Der bereits bei Gründung der Vereinigten Staaten angelegte Konflikt zwischen Sklavenhalterstaaten und solchen, die diese Praxis bereits abgeschafft hatten, wurde 1820 noch durch einen Kompromiss beruhigt. Neue Staaten durften nur jeweils paarweise dem Bund beitreten, und zwar so, dass die Mehrheitsverhältnisse im Senat unverändert blieben. 1861 brach der Streit wieder auf.



*Alaska – hier der Alaska Highway – ist der mit Abstand flächengrößte Bundesstaat.*

Mit dem Sieg der Nordstaaten im Amerikanischen Bürgerkrieg wurde nicht nur die Sklaverei bundesweit abgeschafft, es siegte auch die liberale Industriearistokratie des Nordens gegen die christlich-konservativen Großbauern aus dem Süden. In der Folge avancierten die USA zum progressivsten Staat der Welt und entfalteten eine enorme Anziehungskraft auf Einwanderer vornehmlich aus Europa und Asien. Nicht zuletzt diese Impulse waren es, die die Vereinigten Staaten spätestens nach dem gewonnenen Ersten Weltkrieg zur Weltmacht Nummer Eins aufsteigen ließen.

Diese Rolle wurde mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg über Japan und Deutschland konsolidiert. Mit dem Erwerb verschiedener überseeischer Territorien im Ergebnis des gewonnen Pazifikkrieges sowie dem Eintritt Hawaiis in den Staatenbund fand die territoriale Expansion der Vereinigten Staaten in den 1950er Jahren ihr vorläufiges Ende. Im Ergebnis gehören nun 50 föderale Gliedstaaten dem Bund an. Der Bundesdistrikt Washington D.C. sowie einige Territorien unterstehen direkt dem Kongress als Bundesparlament und einige assoziierte Staaten

sind pro forma unabhängig, werden in außen- und sicherheitspolitischen Fragen jedoch von den USA vertreten. Hinzu kommen zahlreiche unbewohnte Territorien weltweit und einige Militärbasen, die den Vereinigten Staaten direkt zuzurechnen sind.

### Starke föderale Gliederungen

Die Vereinigten Staaten sind ein historisch gewachsener und äußerst heterogener Verbund von Konfessionen, Anschauungen und Ethnien, die in einem föderalen Staatswesen miteinander verbunden sind. Aus der Kolonialgeschichte heraus lässt sich eine starke britische Prägung der amerikanischen Verwaltungskonzepte konstatieren. Auch heute noch üben die angelsächsischen protestantischen Eliten einen Einfluss aus, der ihren demografischen Anteil deutlich übersteigt. Die Entstehung der Bundesstaaten und der amerikanische Föderalismus überhaupt entspricht allerdings keinesfalls diesen Traditionen, sondern hat sich vielmehr im klaren Widerspruch dazu herausgebildet.



*Kalifornien – hier die San Francisco Bay Bridge – ist der einwohnerreichste Bundesstaat.*

Die Vereinigten Staaten sind die erste moderne Föderation der Weltgeschichte und eine der ersten Demokratien. Beide Konzepte, Demokratie und Föderalismus, greifen ineinander und wurden in ihrer weiteren Ausprägung intensiv von der modernen US-amerikanischen Geschichte beeinflusst. Nicht zuletzt ist auch die föderale Gliederung der Bundesrepublik weitgehend nach dem US-amerikanischen Vorbild gestaltet worden.

Vor der Verabschiedung der Verfassung der Vereinigten Staaten im Jahre 1787 waren die 13 Kolonien allgemein souverän. Sie hatten sich in einem relativ losen Staatenbund entsprechend den Konföderationsartikeln zusammengeschlossen, wobei supranationale Institutionen nur geringe Entscheidungsgewalt besaßen. Das Scheitern dieser Institutionen war einer der Hauptgründe für die neue Verfassung und für die Schaffung eines Bundesstaates im staatsrechtlichen Sinne.

Die Gründerväter verfolgen eine klare Subsidiarität. Der Bund solle nur dort Kompetenzen entfalten, wo die Bundesstaaten dazu nicht angemessen in der Lage seien. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes werden in der amerikanischen Verfassung sehr genau definiert (enumerated powers). Er kann zum Beispiel Steuern erheben, den Handel mit dem Ausland und zwischen den Bundesstaaten regulieren, die Art und den Wert der Währung festlegen, eine Post errichten, Patent- und Urheberrecht bestimmen, Bundesgerichte schaffen und ein Militär verwalten. Entsprechend dem Zehnten Zusatzartikel der Verfassung gehören alle Kompetenzen, die nicht von der Verfassung an den Bund übergeben wurden, den Bundesstaaten bzw. deren Bevölkerungen (delegated powers). Formaljuristisch sind die Bundesstaaten keine untergeordneten Einteilungen der Vereinigten



**Rhode Island – hier die Küste von Newport – ist der flächenkleinste Bundesstaat und einer von drei Staaten, in denen die Ebene der Countys ersatzlos gestrichen wurde.**

Staaten, sondern verhalten sich in einem Wechselspiel zueinander, das als parallele Souveränität bekannt ist. Sowohl die Bundesstaaten, als auch der Bund selbst sind nebeneinander souverän.

Die Bundesstaaten besitzen ähnliche Verfassungsorgane wie der Bund: Die exekutive Regierungsgewalt wird von einem direkt gewählten Gouverneur ausgeübt, der die Richtlinien der Politik bestimmt und weitere wichtige Aufgaben wahrnimmt. Dazu gehört insbesondere eine Schlüsselrolle im Gesetzgebungsverfahren, wo er Gesetze unterzeichnet und ausfertigt oder dagegen ein Veto einlegt. Als oberster Repräsentant seines Staates verfügt er außerdem über das Begnadigungsrecht und ernennt hohe Beamte. Der Secretary of State steht protokollarisch und auch machtpolitisch unter dem Gouverneur. Doch auch er wird direkt gewählt und verfügt über vergleichsweise weitreichende Kompetenzen. Am ehesten lässt sich das Verhältnis beider Ämter wohl mit dem zwischen

dem Präsidenten der französischen Republik und dessen Ministerpräsidenten vergleichen. Der Generalstaatsanwalt (attorney general) verfügt über weit umfangreichere Kompetenzen als sein Amtskollege in Deutschland. Er leitet nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern ist auch erster juristischer Berater der Regierung und wirkt als eine Art Justizminister. Der attorney general wird ebenfalls in den meisten Bundesstaaten vom Volk gewählt. Weitere Mitglieder der Exekutive werden vom Gouverneur ernannt.

Die Legislative besteht in 49 der 50 Staaten wie auf Bundesebene aus zwei Kammern, einem Oberhaus (Staatssenat) und einem Unterhaus (hier finden sich Bezeichnungen wie Repräsentantenhaus oder State Assembly). Lediglich in Nebraska besteht die gesetzgebende Gewalt aus einer Kammer. Auf bundesstaatlicher Ebene besitzen die Kammern die alleinige gesetzgebende Gewalt.

Die Mitglieder der Verfassungsgerichte – also der obersten Organe der Judikative – werden vom Gouverneur mit Zustimmung des jeweiligen Staatssenates ernannt. Dies entspricht der Praxis auf Bundesebene. Jeder Bundesstaat hat eine eigene Verfassung die auch das politische System regelt.

Neben dieser relativ ausgeprägten Unabhängigkeit der Bundesstaaten werden deren Rechte in anderen Bereichen aber auch beschränkt. Der Sezessionskrieg und einige Gerichtsentscheidungen haben klargestellt, dass Bundesstaaten den Bund nicht eigenmächtig verlassen können. Außerdem ist es ihnen kraft der Verfassung nicht gestattet, Außenpolitik zu betreiben. Des Weiteren müssen Dokumente und Entscheidungen anderer Staaten anerkannt werden. Wenn etwa eine Ehe in Kalifornien geschlossen wurde, muss sie auch in allen anderen 49 Bundesstaaten Anerkennung finden. Den Bundesstaaten ist es ferner nicht gestattet, ohne Zustimmung des Kongresses Verträge mit



**Wyoming – hier der Geysir „Old Faithful“ im Yellowstone Nationalpark – ist der Bundesstaat mit der geringsten Einwohnerzahl.**

Staat	Fläche in qkm	Einwohner in Mio.	Hauptstadt	Beitritt
Alabama	135.767	4,779	Montgomery	1819
Alaska	1.723.337	0,710	Juneau	1959
Arizona	295.234	6,392	Phoenix	1912
Arkansas	137.732	2,916	Little Rock	1836
Colorado	269.601	5,029	Denver	1876
Connecticut	14.357	3,574	Hartford	1788
Delaware	6.446	0,898	Dover	1787
Florida	170.312	18,801	Tallahassee	1845
Georgia	153.910	9,688	Atlanta	1788
Hawaii	28.313	1,360	Honolulu	1959
Idaho	216.643	1,568	Boise	1890
Illinois	149.995	12,831	Springfield	1818
Indiana	94.326	6,484	Indianapolis	1816
Iowa	145.746	3,046	Des Moines	1846
Kalifornien	423.967	37,253	Sacramento	1850
Kansas	213.100	2,853	Topeka	1861
Kentucky	104.656	4,339	Frankfort	1792
Louisiana	135.659	4,533	Baton Rouge	1812
Maine	91.633	1,328	Augusta	1820
Maryland	32.131	5,774	Annapolis	1788
Massachusetts	27.336	6,548	Boston	1788
Michigan	250.487	9,884	Lansing	1837
Minnesota	225.163	5,304	Saint Paul	1858
Mississippi	125.438	2,967	Jackson	1817
Missouri	180.540	5,989	Jefferson City	1821
Montana	380.831	0,989	Helena	1889
Nebraska	200.330	1,826	Lincoln	1867
Nevada	286.380	2,701	Carson City	1864
New Hampshire	24.214	1,316	Concord	1788
New Jersey	22.591	8,792	Trenton	1787
New Mexico	314.917	2,059	Santa Fe	1912
New York	141.297	19,378	Albany	1788
North Carolina	139.391	9,535	Raleigh	1789

Staat	Fläche in qkm	Einwohner in Mio.	Hauptstadt	Beitritt
North Dakota	183.108	0,673	Bismarck	1889
Ohio	116.098	11,537	Columbus	1803
Oklahoma	181.037	3,751	Oklahoma City	1907
Oregon	254.799	3,831	Salem	1859
Pennsylvania	119.280	12,702	Harrisburg	1787
Rhode Island	4.001	1,053	Providence	1790
South Carolina	82.933	4,625	Columbia	1788
South Dakota	199.729	0,814	Pierre	1889
Tennessee	109.153	6,346	Nashville	1796
Texas	695.662	25,146	Austin	1845
Utah	219.882	2,764	Salt Lake City	1896
Vermont	24.906	0,626	Montpelier	1791
Virginia	110.787	8,001	Richmond	1788
Washington	184.661	6,725	Olympia	1889
West Virginia	62.756	1,853	Charleston	1863
Wisconsin	169.635	5,687	Madison	1848
Wyoming	253.335	0,564	Cheyenne	1890
<b>Weitere Gebiete</b>				
<b>Bundesdistrikt</b>				
District of Columbia	68	0,659	Washington	1790
<b>Gesamt</b>				
<b>Vereinigte Staaten</b>	<b>9.857.306</b>	<b>321,605</b>	<b>Washington</b>	<b>1776</b>
<b>Nicht-inkorporierte Territorien</b>				
Amerikanisch Samoa	199	0,057	Pago Pago	1929
Guam	541	0,162	Hagatna	1950
Nördliche Marianen	475	0,054	Saipan	1977
Puerto Rico	9.104	3,548	San Juan	1952
Amerikanische Jungferninseln	346	0,106	Charlotte Amalie	1954
<b>Assoziierte Staaten</b>				
Marshallinseln	181	0,068	Majuro	1986
Föderierte Staaten von Mikronesien	702	0,106	Palikir	1986
Palau	466	0,018	Ngerulmud	1994
<b>Weitere</b>				
Guantanamo Bay Area	117	unklar	-	1903

anderen Bundesstaaten oder dem Ausland zu schließen, ein eigenes Militär zu unterhalten, in Kriegshandlungen einzutreten oder Zölle zu erheben.

### Das Verhältnis zwischen dem Bund und den Bundesstaaten

Im Unterschied zu Deutschland ist der amerikanische Föderalismus bewusst nicht kooperativ ausgerichtet. Eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den

bundesstaatlichen Regierungen erfolgt nur in Ausnahmefällen. Insbesondere gibt es keine gemeinsame Zuständigkeit bei der Umsetzung von Gesetzen. Gesetze, die der Kongress verabschiedet hat, werden von der Exekutive des Bundes ausgeführt, nicht von der Exekutive der Bundesstaaten. Ein Beispiel hierfür ist die Steuererhebung. Sowohl die Bundesstaaten (z.B. Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, teilweise Einkommensteuer) als auch der Bund (z.B. Einkommensteuer, Luxussteuern) erheben Steuern und ziehen sie getrennt voneinander ein.

In einigen Ausnahmen bewilligt der Bund Mittel für Bundesaufgaben, die von den Bundesstaaten in eigener Verantwortung erledigt werden. So wird das US-amerikanische Autobahnssystem größtenteils vom Kongress bezahlt, der Bau aber von den einzelnen Bundesstaaten verwaltet. Diese „grants-in-aid“, vom Bund an die Bundesstaaten zur Erfüllung bestimmter Aufgaben ausgegebene Transfers, wurden in der Vergangenheit dazu genutzt, materiefremde Bestimmungen als Bedingung für eine Bewilligung zu stellen. Ein Beispiel: In den Vereinigten Staaten ist der

Alkoholkonsum in allen Bundesstaaten erst ab dem 21. Lebensjahr zulässig. Bundesstaaten, die ein geringeres Alter ansetzten, wurden von der Finanzierung ihrer Autobahnen durch den Bund ausgeschlossen. Ein letzter Versuch, die Gesetzgebungskompetenz des Kongresses durch solche Taktiken zu vergrößern, schlug 1995 fehl. Der Oberste Gerichtshof des Bundes stellte damals fest, dass die Befugnis des Kongresses, den Handel zwischen den Bundesstaaten zu regulieren, nicht dazu genutzt werden dürfe, bundesweit Schusswaffen auf Schulgeländen zu verbieten.

Ein besonderes Element des amerikanischen Föderalismus sind die sogenannten unfunded mandates, Bundesgesetze, die den Bundesstaaten Pflichten auferlegen, aber keine Mittel bereitstellen, um diese zu erfüllen. Ein Beispiel hierfür ist ein Bundesgesetz, das von Krankenhäusern und Ambulanzen verlangt, in Notfällen Patienten unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit zu behandeln.

Nach der supremacy clause der US-Verfassung geht Bundesrecht dem Landesrecht vor. Andererseits obliegen alle Bereiche, die in der Bundesverfassung nicht ausdrücklich der Bundesregierung zugewiesen worden sind, automatisch der Regulierung durch die Bundesstaaten. Vor allem seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstanden daraus unzählige Konflikte. Als zentrale Norm wurde die interstate commerce clause herausgearbeitet, nach der der Bund den ungehinderten Warenverkehr über Staatsgrenzen regeln darf. Da praktisch alle Güter und Dienstleistungen in den USA auch an Kunden jenseits des eigenen Staates angeboten werden oder angeboten werden können, griff der Bund in Entwurf, Produktion, Vertrieb und Anwendung von Gütern sowie in das Angebot und die Ausführung

von Dienstleistungen ein. Seitdem grundsätzliche Fragen durch den Obersten Gerichtshof geklärt wurden, hat sich die Tendenz etabliert, verbleibende und neu auftretende Konflikte politisch zu lösen.

### Countys und andere kommunale Gliederungen

Die Countys dienen als mittlere Verwaltungsebene zwischen den Bundesstaaten und einzelnen Ortschaften. Sie sind in etwa mit den deutschen Landkreisen vergleichbar. Da die gesetzlichen Regelungen über die Organisation eines County aus dem Recht des jeweiligen Bundesstaates folgt, variieren sie von Staat zu Staat. Üblicherweise besteht ein gewähltes Gremium als Legislative. Die exekutive Gewalt ist angesiedelt bei einem gewählten oder ernannten county executive, county administrator oder county manager. Die Polizeibefugnisse liegen meist beim Sheriff, der im Normalfall direkt gewählt wird. In den flächenmäßig sehr kleinen Bundesstaaten Massachusetts, Rhode Island und Connecticut sind die Countys nur noch geografische Bezeichnungen. Aufgaben der kommunalen Verwaltung werden dort von den Gemeinden oder townships ausgeführt.

Innerhalb eines Countys können sich einzelne Siedlungen ausgründen und damit eigene Gebietskörperschaften unterhalb des Countys bilden. Welche Untergliederungen möglich sind, richtet sich nach dem Recht des jeweiligen Bundesstaates. In den meisten Bundesstaaten bestehen Cities und/oder Towns (Städte), sowie in einigen Fällen Villages (Dörfer). Andere kennen Townships, Precincts oder Distrikte. Als Kriterien dienen in den meisten Bundesstaaten Mindestzahlen an Einwohnern. Keine

rechtlich selbständigen Untergliederungen sind Districts, Census County Divisions oder Census-designated places.

Die Countys können in einigen Bundesstaaten die Höhe der Umsatzsteuer (sales tax) bestimmen. Ihnen obliegt auch, welche Regelungen bei Alkohol gelten. Countys bestehen in 48 der 50 Bundesstaaten. In den zwei verbleibenden gibt es vergleichbare Einheiten. In Louisiana bestehen 64 Parishes und in Alaska 18 Boroughs. Ein 19., der Unorganized Borough (Unorganisierter Bezirk), hat keine eigene Organisation. Er macht den größten Teil der Fläche Alaskas aus und ist so groß wie Deutschland und Frankreich zusammengenommen. Allerdings leben dort nur sehr wenige Menschen.

Grundsätzlich lassen sich die Countys hinsichtlich ihrer Kompetenzfülle in drei Gruppen einteilen. Ein minimaler Umfang an Verantwortlichkeiten lässt sich für die neuenglischen Countys konstatieren. Sie dienen als Sitz der lokalen Polizeibehörde sowie des Gerichtsbezirkes. Die kleinen neuenglischen Bundesstaaten Connecticut und Rhode Island gingen gar so weit, die Countys vollständig abzuschaffen. Für ganz Neuengland gilt, dass der Großteil der kommunalen Befugnisse in der Hand der Städte und Gemeinden liegt.

In den Staaten des Mittleren Westens und der südlichen Atlantikküste verfügen die Countys im Regelfall über mittlere Befugnisse. Sie betreiben Bibliotheken, öffentliche Gesundheitsdienste, Parks, Straßen oder Gefängnisse. Das County ist dort zuständig für das Meldewesen, die öffentliche Statistik, das Grundbuch- und das Gesundheitsamt. In den meisten Regionen wirkt der Sheriff gleichzeitig als Polizeibehörde und als Ordnungsamt.

In den westlichen und südlichen Bundesstaaten verfügen zumindest die bevölkerungsreichen Countys über vergleichsweise umfassende Kompetenzen und betreiben Flughäfen, Messen, Museen, Erholungsheime, Strände, Häfen, Zoos oder Kliniken. Sie bieten auch vielfältige soziale Dienstleistungen für Familien, ältere Menschen oder sozial Schwache. Einige Countys verfügen gar über eigene Katastrophenschutz- und Polizeibehörden. In einigen der südlichen Bundesstaaten ist auch die Schulträgerschaft auf der Ebene der Countys angesiedelt.

Unter den Countys bestehen je nach Bundesstaat unterschiedliche weitere Kommungliederungen. Die wichtigsten sind civil townships, cities, towns und villages. Deren Aktionsspielraum kann sich von Bundesstaat zu Bundesstaat erheblich voneinander unterscheiden. ■

## Angemerkt

Der Föderalismus ist keine amerikanische Erfindung. Schon vor der Unabhängigkeitserklärung von 1776 gab es erfolgreiche Föderalstaaten. Die Schweiz oder die Niederlande sind nur zwei Beispiele. Doch kein Land hat das moderne Föderalstaatsprinzip derart geprägt wie die Vereinigten Staaten. Fast alle modernen Bundesstaaten – von Kanada, über Australien, Indien bis nach Deutschland und Österreich haben sich an dieser Vorlage orientiert. Dezentralität und Bürgerdemokratie markierten das Ende der absolutistischen Epoche in Europa und den Anfang der Entwicklung zu modernen demokratischen Nationalstaaten westlicher Prägung. Aus den umfassenden Kompetenzen der Bundesstaaten leitet sich für die Ebenen darunter ein äußerst heterogenes Geflecht an Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten ab, welches sich nur schwer zusammenfassen lässt. Dies ist durchaus geeignet, Verwirrung und Streit zu stiften. Etwa, wenn ein homosexuelles Paar, welches in Kalifornien geheiratet hat, seine Ehe auch in Mississippi anerkannt wissen will, wenn sich mit dem Überqueren unsichtbarer Grenzen innerhalb eines Landes zentrale Normen des Strafrechts ändern oder Freiheiten eingeschränkt werden, die anderswo gelten. Letztlich hat diese Heterogenität aber auch dabei geholfen, politische Traditionen, Weltanschauungen und Ansichten in einem Staatswesen zusammenzuführen, die eigentlich kaum kompatibel sind.

Falk Schäfer



[www.justice.gov](http://www.justice.gov)